

Süddeutsche Zeitung

NEUESTE NACHRICHTEN AUS POLITIK, KULTUR, WIRTSCHAFT UND SPORT

WWW.SÜDDEUTSCHE.DE

HF2 HK2 HS2 HH2

MÜNCHEN, DONNERSTAG, 14. NOVEMBER 2013

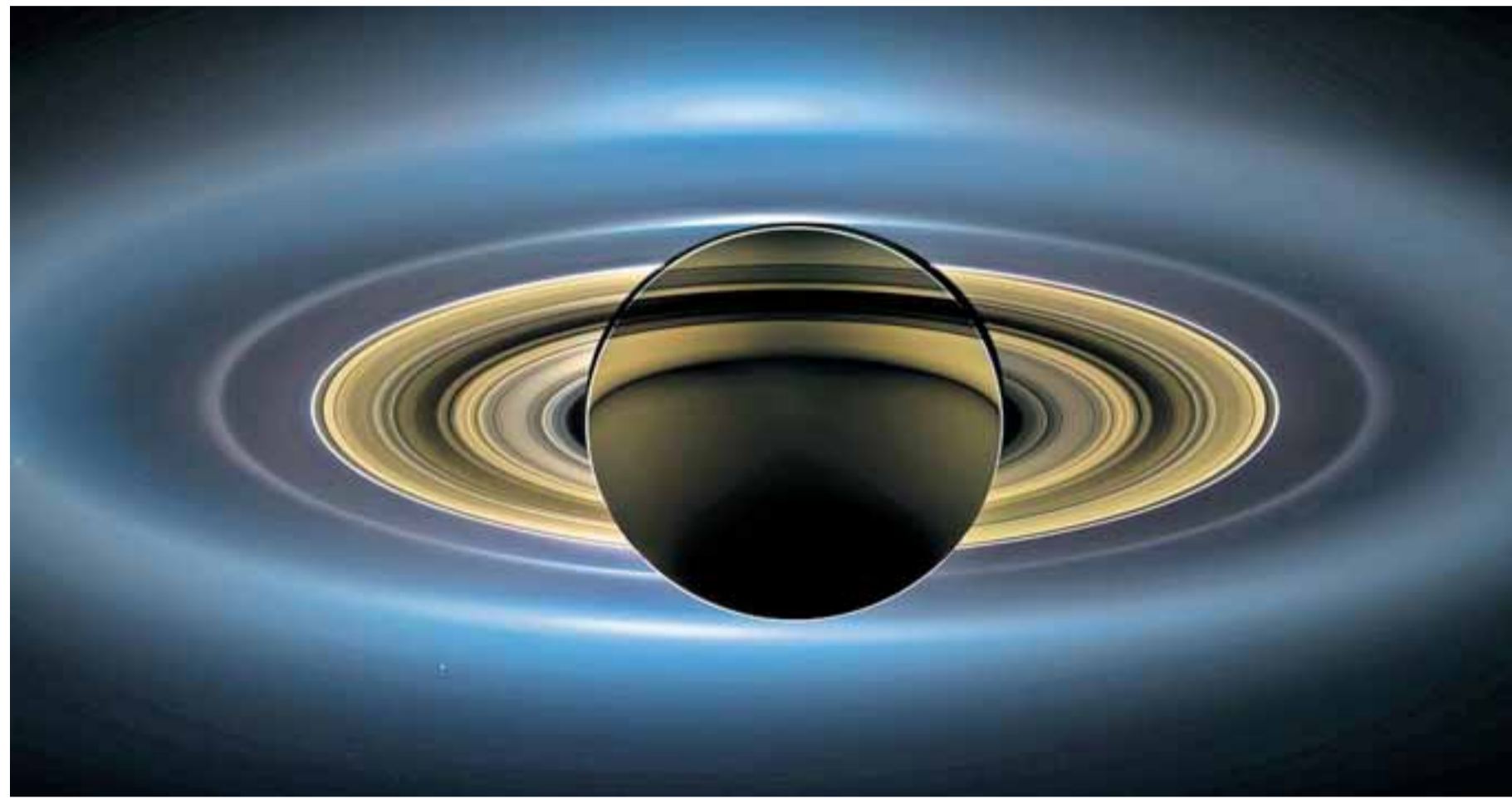
69. JAHRGANG / 46. WOCHEN / NR. 263 / 2,30 EURO

Das Streiflicht

(SZ) Es liegt in der Natur der Tiere, dass sie keine Namen tragen. So jedenfalls sehen wir Menschen das, und weil wir diese Namenlosigkeit nun mal auf den Tod nicht ausstehen können, nennen wir die Tiere so oder so. Thomas Mann hatte einmal einen Hühnerhundmischling namens Bauschan, den er sehr liebte und auch literarisch ausgiebig verwertete. Wieso Bauschan? Nun, das war eine Übernahme aus Fritz Reuters Roman „Ut mine Stromtid“.

Wenn Hunde schon namenlos sind, um wie viel mehr Kaiserschnurrbartamarine, Stachelschweine und Kubakrokodile. Solche Tiere gibt es im Zoo von Hoyerswerda, dem als erstem deutschen Zoo die Zucht von Kuba- oder Rautenkrokodilen glückte. Im August wurde „Krokotastischer Nachwuchs“ gemeldet, ein Wortspiel, das für die Zukunft der sieben Jungtiere Ungutes ahnen ließ. So kam es denn auch. Einem der kleinen Krokodile, die nur in Kuba vorkommen, hatte man den Namen Fidel verpasst, was später auf Fidel Castro erweitert wurde, da dieser „Rüpel“ seine Geschwister auf eine Art drangsalierte, die an die unvergessenen Usancen des „Máximo Líder“ erinnerte.

Die Zooleute wissen bis jetzt nicht, ob Fidel Castro ein Männchen oder Weibchen ist. Trotzdem haben sie ihn vorsichtshalber umbenannt. Es heißt nun Fidelio, was die lateinische Wurzel *fidelis* (getreu) erhält, das Tier aber in einen neuen, dem Kulturraum vermutlich wohlgefälligen Kontext rückt. In Beethovens „Fidelio“ geht es um einen – aufgemerkt! – politischen Gefangenen, der im Verlies seine Tage verbringt, und in seiner großen Arie etwas besingt, das die Kubakrokodile von zu Hause her, vom Abtauchen in die Sümpfe der Zapata-Halbinsel, gut kennen: „Gott, weil Dunkel hier!“ Im Lichte dieser Oper wäre es freilich angemessen gewesen, das räpelhafte Reptil nach dem Schurken der Handlung zu benennen, nach Don Pizarro. Andererseits hat die jetzige Namenswahl auch viel für sich. Hinter Fidelio verbirgt sich Leonore, womit der unentschlüsselten Geschlechtlichkeit des Krokodils auf hohem Niveau Rechnung getragen wäre.



Tiefenschärfe

Der Saturn mit seinen wohl geformten Ringen fesselt die Menschheit seit Langem. Jetzt nährt die Nasa die Faszination mit einer neuen Aufnahme. Die Weltraumbehörde hat ihre Raumsonde *Cassini* in den Schatten des Planeten manövriert und ihn im Gegenlicht fotografieren lassen. So strahlen die dünnen äußeren Ringe wie Heiligenscheine, weil der darin enthaltene Staub das Sonnenlicht reflektiert. Die Aufnahme setzte die Nasa aus 141 Bildern zusammen, die *Cassini* zur Erde gefunkt hatte.

FOTO: NASA/REUTERS

Hunger und Gewalt auf den Philippinen

Verzweifelte Menschen plündern Reislager und Lebensmittelgeschäfte, der Flughafen wird belagert. Sicherheitskräfte setzen scharfe Munition ein. Eine Militärrätin sagt: „Alle sind in Panik“

Manila – Nach dem verheerenden Taifun *Haiyan* herrscht im Katastrophengebiet auf den Philippinen das Chaos. Die Sicherheitskräfte haben Probleme, die aufgebracht Opfer zu besänftigen, die weiterhin auf Lebensmittel und Trinkwasser warten. Zwar ist die Hilfe für die Menschen angelaufen, aber noch immer sind zahlreiche Gebiete nicht zugänglich. In der Nähe der fast vollständig zerstörten Stadt Tacloban stürmten zahlreiche Menschen ein Reislager und plünderten es, wie der Sprecher der Lebensmittelbehörde sagte. Polizisten und Soldaten hätten das Reislager zu bewachen versucht, doch seien sie gegenüber dem Ansturm machtlos gewesen. Bei dem Andrang stürzte eine Mauer ein, acht Menschen starben.

Nach einer Schießerei stoppten die Behörden die Massenbestattung von Opfern

des Taifuns. Die Gräber seien bereits ausgehoben und ein Laster voller Leichen auf dem Weg dorthin gewesen, als die Polizei ihn zur Umkehr zwang, sagte Alfred Romualdez, der Bürgermeister von Tacloban. Die Beamten hätten damit auf Schüsse reagiert. Am Flughafen der Hafencity drängten sich zahlreiche Menschen, um einen Platz in einem Flugzeug zu ergattern und das Katastrophengebiet zu verlassen. „Alle sind in Panik“, sagte die Militärrätin Emily Chang. „Sie sagen, dass es kein Essen gibt, kein Wasser, sie wollen hier weg.“ Bislang seien die Anzahl der Flüge von und nach Tacloban noch „begrenzt“ und die Fähren überlastet, bestätigte ein Sprecher des Internationalen Roten Kreuzes.

In Tacloban war es bereits zuvor zu Plünderungen von Lebensmittelgeschäften gekommen. Ein Regierungssprecher zeigte

angesichts der Situation Verständnis für die Menschen. Es handle sich bei den Plünderern weniger um organisierte Banden, wie es in philippinischen Medienberichten hieß, sondern um „Menschen, die verzweifelt sind vor Hunger und die das Gefühl haben, sie haben kaum eine andere Wahl“, sagte der Regierungssprecher.

Zahlreiche Menschen bemühten sich verzweifelt darum, mit eigenen Händen eine Wasserleitung zu graben. „Wir wissen nicht, ob das sicher ist, wir müssen das Wasser abkochen, aber wenigstens haben wir jetzt etwas zu trinken“, sagte ein Bewohner. Eine Frau berichtete davon, dass die von den Behörden verteilten Reis- und Wasserrationen längst nicht ausreichen.

Mehr als elf Millionen Philippiner sind nach offiziellen Angaben von den Folgen des Taifuns betroffen, der am vergange-

nen Freitag eine Schneise der Zerstörung in dem südostasiatischen Inselstaat hinterlassen hat. Etwa 660 000 Menschen haben ihre Häuser verloren, die meisten von ihnen müssen unter freiem Himmel schlafen. Präsident Benigno Aquino sagte, es seien etwa 2500 Menschen durch *Haiyan* getötet worden. Helfer gehen aber nach wie vor davon aus, dass die Anzahl der Opfer deutlich höher ist.

Das Deutsche Rote Kreuz (DRK) und das Technische Hilfswerk (THW) starteten am Mittwoch einen ersten gemeinsamen Hilfsflug. Mit 70 Tonnen Hilfsgütern, darunter Zelte und Wasseraufbereitungsanlagen, flogen sie vom Flughafen Berlin-Schönefeld nach Cebu. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) sagte den Philippinen am Dienstag in einem Telefonat mit Aquino auch längerfristige Hilfe zu. SZ



Augen auf Der Kamelmarkt im indischen Pushkar zählt zu den größten der Welt. Besucher sollten achtsam sein. ▶ Seite 33

Die dunkle Seite In South Carolina wird heute noch an die Sklaverei erinnert – aus gutem Grund. ▶ Seite 34

Freie Wahlen Bei einigen Airlines können Passagiere jetzt selbst bestimmen, was sie essen wollen. ▶ Seite 35

EU prüft deutsche Exportüberschüsse

Kommission lässt untersuchen, ob Bundesrepublik Verträge verletzt

Brüssel – Die Europäische Kommission hat an diesem Mittwoch Untersuchungen gegen die Wirtschaftspolitik von 16 Ländern eingeleitet, darunter erstmals auch Deutschland. Die Behörde will prüfen, inwieweit die Länder, die demnach allesamt die Regeln des Stabilitäts- und Wachstumspaktes verletzen, dadurch Wachstum, Jobs und die Stabilität der Währungsunion insgesamt gefährden. „Die Krise hat gezeigt, wie abhängig wir alle voneinander sind, und dass es nicht geht, die Wirtschaftspolitik rein national auszurichten. Wir müssen koordinieren, um zu bestehen“, sagte Behördenchef José Manuel Barroso. Deutschland wird vor allem wegen der immensen Handelsüberschüsse untersucht, die zu wenig in neue Investitionen gelenkt werden. GAM ▶ *Wirtschaft*

Rechtspopulisten schmieden Bündnis

Brüssel – Der rechtsextreme französische Front National (FN) und die rechtspopulistische niederländische Partei für die Freiheit (PVV) wollen zur Europawahl eine EU- und fremdenfeindliche Allianz schmieden. Bei einem Treffen mit der FN-Vorsitzenden Marine Le Pen sprach PVV-Chef Geert Wilders von einem „historischen Tag“. Le Pen sagte, weitere Parteien könnten sich anschließen. JC ▶ Seite 7 und Feuilleton

Netanjahu stoppt Siedlungsbau-Projekt

Tel Aviv – Nach scharfen Protesten gegen Pläne für den Bau neuer Siedlerwohnungen im Westjordanland hat Israel das Vorhaben vorerst gestoppt. Ministerpräsident Benjamin Netanjahu kündigte eine Überprüfung der Pläne an. Die USA zeigten sich verstimmt über das Projekt. Israelische Medien hatten zuvor von den Plänen zum Bau von etwa 20 000 Wohnungen im Westjordanland berichtet. SZ ▶ Seiten 4 und 8

Timoschenko bleibt in Haft

Kiew – Das ukrainische Parlament hat sich nicht auf die Freilassung der Oppositionspolitikerin Julia Timoschenko einigen können. Für die EU wäre dies eine Bedingung für ein Handelsabkommen mit der Ukraine. Nach der Sondersitzung des Parlaments am Mittwoch gaben sich Timoschenkos Anhänger und die Verbündeten von Präsident Viktor Janukowitsch gegenseitig die Schuld. REUTERS ▶ Seite 7

Dax ▼	Dow ▼	Euro ▲
Xetra Schluss 9055 Punkte	N.Y. 18 Uhr 15698 Punkte	18 Uhr 1,3460 US-\$
- 0,24%	- 0,33%	+ 0,0025

DAS WETTER

9° / -1°

Im Westen und Nordwesten etwas Regen. In den höheren Lagen fällt zum Teil Schnee. Im Süden ist es trüb, dabei kann es örtlich regnen, oberhalb von 600 Metern schneien. Sonst bleibt es meist trocken. Drei bis neun Grad. ▶ Seite 17

Die SZ gibt es als App für Tablet und Smartphone: sz.de/app

HEUTE

Thema des Tages Im Prozess gegen Christian Wulff könnten die Zweifel kaum größer sein	2
Die Seite Drei Das Erz für fast alle Smartphones kommt aus dem Kongo. Besuch in einem höllischen Land	3
Meinung Deutschlands Exportstärke wird weltweit massiv kritisiert – aus gutem Grund	4
Panorama Mal eben kurz die Welt retten: US-Milliardär Bill Gates	10
Wirtschaft Wirtschaft, Freiheit oder Ideologie? China steht am Scheideweg	23
Medien, TV-/ Radioprogramm	31, 32
Forum & Leserbrief	17
München · Bayern	14
Rätsel	8
Familienanzeigen	16

Süddeutsche Zeitung GmbH, Hultschiner Straße 8, 81677 München; Telefon 089/2183-0, Telefax -9777; redaktion@sueddeutsche.de
Anzeigen: Telefon 089/2183-1010 (Immobilien- und Mietmarkt), 089/2183-1020 (Motormarkt), 089/2183-1030 (Stellenmarkt, weitere Märkte), Abo-Service: Telefon 089/21 83-80 80, www.sz.de/abo
A, B, E, F, GR, I, L, NL, SLO, SK; € 3,30; dkr: 26; f: 3,30; kn: 30; sfr: 5,00; czk: 101; Ft 880



Malteser Hilfsdienst

Immer mehr EU-Staaten verkaufen Pässe an reiche Ausländer

Das Geschäftsmodell hat Malta nicht erfunden. Andere in Europa haben es vorgemacht. Wer eine halbe Million Euro ausgibt, der sollte Montenegriner werden können: Diesen Plan gab es bereits 2010. Montenegro ist zwar nicht in der EU, sein Pass berechtigt aber zur freien Reise durch den Schengen-Raum, erst der Protest der CSU stoppte damals den Plan.

Ähnlich hält es nun das wirtschaftlich angeschlagene EU-Land Zypern: Bei einer abendlichen Rede vor russischen Unternehmern hatte der Präsident im April angekündigt, dass Investoren, die durch die Zwangsabgabe im Rahmen des EU-Hilfspakets mindestens drei Millionen Euro verloren haben, zum Ausgleich einen zypriotischen Pass geschenkt bekämen –

interessant wegen der Visa-Beschränkungen, die für Russen gelten. Und schließlich Portugal: Seit März können ausländische Investoren dort einen Pass erhalten, wenn sie entweder eine Million Euro in eine portugiesische Gesellschaft investieren oder 30 Arbeitsplätze schaffen oder eine Immobilie im Wert von 500 000 Euro kaufen; „goldenes Visum“ heißt das.

Legal ist es; wer sollte einem Staat auch verbieten, seine Nationalität zu vergeben, an wen er möchte? Der EU-Vertrag mischt sich nicht ausdrücklich ein in das Passwesen seiner Mitgliedstaaten, zu unterschiedlich sind selbst in Europa die politischen Vorstellungen darüber, was eigentlich die Zugehörigkeit eines Menschen zu einem Land ausmacht – Famili-

enbande, Geburts- oder nur Wohnort. Dem souveränen Belieben der Staaten sind kaum Grenzen gesetzt, so hat es 1955 der Internationale Gerichtshof festgehalten, das höchste UN-Gericht (damals hatte sich Liechtenstein beschwert, weil Guatemala seine Pässe großzügig an liechtensteinische Wehrdienstverweigerer verteilt hatte). Bloß irgendeine „genuine Verbindung“ brauche es – vielleicht auch bloß eine Geschäftsbeziehung?

Aber was die EU von ihren Mitgliedstaaten einfordern kann, ist Loyalität. Und deshalb ist es durchaus die Frage, wie lang sie sich das anschaut. Gerade kleine Staaten wie Malta oder Zypern haben nur wenige Konsulate in der Welt. Brauchen ihre Neubürger Beistand, dann müssen deshalb andere EU-Diplomaten einspringen. Das heißt: Was Malteser und Zyprioten da verkaufen, ist ein Versprechen, das am Ende vielleicht Deutsche oder Briten einlösen müssen. RONEN STEINKE

Nahles: Wir wollen keine Ausschließberitis mehr

SPD-Generalsekretärin verteidigt die Öffnung zur Linkspartei, versichert aber, jetzt eine Koalition mit der Union anzustreben

Berlin – Die SPD-Spitze ist Mutmaßungen über eine vorzeitige Regierungsbildung mit der Linkspartei als Alternative zu einer großen Koalition entgegengetreten. Generalsekretärin Andrea Nahles sagte am Mittwoch nach einer weiteren Verhandlungsrunde von SPD, CDU und CSU, sie sei zuversichtlich, dass es mit den Unionsparteien gelingen werde, „einen guten Koalitionsvertrag auszuarbeiten“. Zugleich verteidigte sie den Entwurf eines Leitantes für den an diesem Donnerstag beginnenden Parteitag in Leipzig, mit dem sich die SPD auch die Option einer Koalition mit der Linkspartei eröffnen will. „Wir haben einfach eine selbstbewusste Haltung“, sagte Nahles, „wir wollen keine Ausschließberitis mehr.“ Im Wahlkampf 2013 hatte die SPD eine solche Koalition noch kategorisch abgelehnt.

Nahles verwies darauf, dass eine mögliche Zusammenarbeit an Voraussetzungen geknüpft sei. „Wenn man sich die Bedingungen anguckt, kann man gar nicht auf die Idee kommen, dass schon 2013 ein Bündnis mit der Linkspartei möglich ist“, sagte die Generalsekretärin. Der Entwurf nennt als Bedingungen eine verlässliche parlamentarische Mehrheit, die Finanzierbarkeit politischer Vorhaben und eine verantwortungsvolle Außen- und Europapolitik. Auch Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Torsten Albig (SPD) hob in Berlin hervor, es gehe nicht um Bündnisse mit der Linkspartei zum jetzigen Zeitpunkt.

Der frühere Kanzlerkandidat der SPD, Peer Steinbrück, hatte sich skeptisch über eine Öffnung zur Linkspartei wie auch den Zeitpunkt des geplanten Beschlusses geäu-

sert. Steinbrück sagte der *Passauer Neuen Presse*, man verhandle mit der Union über eine große Koalition. „Die strategischen Perspektiven für die Zeit danach sollten wir besprechen, wenn die Frage ansteht.“ Entscheidend werde sein, wie sich die Linkspartei in den kommenden Jahren entwickle. „Das sollten wir abwarten und nicht selbst Pirouetten drehen.“ Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier begrüßte zwar grundsätzlich eine „Stärkung des Profils der SPD und eine Öffnung für neue Bündnisse“. Zugleich warnte er seine Partei vor einem Linksruck. „Wahlen gewinnt die SPD in der Mitte“, sagte Steinmeier der *Leipziger Volkszeitung*. Niedersachsens Ministerpräsident Stephan Weil (SPD) sagte, die Linke habe sich „in der Vergangenheit eher fundamentalistisch und wenig sach-

orientiert gezeigt“. Nur wenn sich das ändere, „könnte man über eine Zusammenarbeit anders reden als jetzt“, sagte Weil zur *Neuen Osnabrücker Zeitung*.

Die Linke begrüßte die Öffnung der SPD, stellte aber ihrerseits Bedingungen. „Die SPD hat spät genug erkannt, dass eine Sozialdemokratie, die zum Merkel-Wahlverein verkommt, irgendwann von niemandem mehr gewählt wird“, sagte Vize-Fraktionschefin Sahra Wagenknecht *Süddeutsche.de*. Es liege daher im Interesse der SPD, Koalitionen mit der Linkspartei nicht mehr auszuschießen. Möglich würden sie allerdings nur, wenn die SPD sich inhaltlich wieder auf traditionelle Ziele sozialdemokratischer Politik besinne. In den Verhandlungen mit der Union geschehe eher das Gegenteil. NIF, ODG ▶ Seite 4